

0-10-12-19

Probe-Nummer.

Konstitutionelles Bürgerblatt

Erscheint wöchentl. drei Mal.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Post-
anstalten an. Pränum.:

für Stadt und Land.

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 0.

Sonntag, den 1. October.

1848.

Das Bürgerblatt erscheint vom 1. October ab in erweiterter Gestalt, wie diese Probe-Nummer, 3 mal wöchentl., ohne Erhöhung des bisherigen Preises.

Der Preis pro Vierteljahr für Halle und unmittelbare Abnehmer beträgt 7½ Sgr.; bei den Postanstalten und im Buchhandel 10 Sgr. Bestellungen auf das Blatt nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten an, sowie die Verlagshandlung von

Ed. Heynemann, Märkerstraße 453.

Inhalt: Programm. — Die Krisis in Frankfurt und Berlin. — Demokraten und Republikaner. — Die künftige Gemeindeverfassung. — Vermischtes.

Das „Bürgerblatt“ wird vom ersten October ab in erweiterter Gestalt unter dem Namen:
„Konstitutionelles Bürgerblatt für Stadt und Land“

erscheinen. Ohne den engeren Kreis des städtischen Lebens, dessen Besprechung es bisher vorzugsweise gewidmet war, aufzugeben, wird es fortan auch die politischen Fragen mehr, als es bisher geschehen konnte, in den Kreis seiner Besprechung ziehen. Es wird diese Fragen vom Standpunkt einer bestimmten politischen Partei aus behandeln, der Partei, welche **die demokratisch-konstitutionelle Monarchie** will. Dieser Partei bietet sich das Blatt zum Organ an und rechnet auf ihre Unterstützung. Wir deuten kurz die Grundsätze an, welche uns dabei leiten werden. Denn die weitere Ausführung derselben bleibt der fortschreitenden Entwicklung vorbehalten, und ihre nähere Bestimmung wird aus der Behandlung der einzelnen Fragen erhellen.

Wir wollen **die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage**. Wir erkennen in der konstitutionellen Monarchie die Staatsform, welche in sich die Bürgerschaft der Kraft, Festigkeit und Dauer trägt, ohne die Freiheit des Volks zu verkürzen. Aber sie leistet dies nur dann, wenn sie aufrichtig und entschieden durchgeführt wird und weder dem Absolutismus noch der Republik zum Vorwand dient. Innerhalb der konstitutionellen Monarchie aber wollen wir die Demokratie, wir wollen sie gerade in dieser Form, weil ihre volle Durchführung nur unter dem Schutz eines festen und dauerhaften Staatsgebäudes gelingen wird. In Preußen ist durch seine ganze Geschichte die Demokratie vorbereitet. Es gilt jetzt die Durchführung und Vollendung der demokratischen Institutionen, welche Stein und Scharnhorst seit 1808 hervorgerufen, und welche auch die spätere falsche Politik wohl zu verkümmern aber nicht zu zerstören vermocht hat. Die politischen Standesvorrechte müssen fallen, der bäuerliche Grundbesitz muß von den noch auf ihm ruhenden Lasten befreit, die gewerblichen Verhältnisse müssen durch eine zweckmäßige und allseitig gerechte Gewerbeordnung geregelt, die Steuern zur Erleichterung der ärmeren Klassen nach dem Maaße der Steuerkraft vertheilt werden. Die Wehverfassung trenne nicht ferner Bürger und Soldat von einander, die



Gemeinde in Stadt und Land verwalte ihre Angelegenheiten selbständig, die Volksschule werde gehoben und die höhere Bildung allen zugänglich gemacht, und der Kirche werde eine selbständige Entwicklung gesichert.

Wir halten ferner dafür, daß Preußens Zukunft allein an eine entschieden deutsche Politik geknüpft ist. In dem Maaße, als es bei sich die Demokratie verwirklicht und Deutschland seinen starken Arm reicht, wird es die Stellung an der Spitze Deutschlands erringen, die ihm nach seiner Lage und Geschichte naturgemäß zukommt.

Für die Verfassung Deutschlands weist uns seine tausendjährige Geschichte darauf hin, daß sie ebenso der Einheit des Volks als der Vielheit seiner Stämme Rechnung tragen müsse. Die Lösung beider Aufgaben wird in einem Bundesstaat gelingen, der den Verfassungen der Einzelstaaten entsprechend nach konstitutionellen Grundsätzen zu bilden ist. Wir wollen namentlich, daß alle Kraft des deutschen Volkes um die Centralgewalt sich schaare, die Trägerin seiner Einheit und Freiheit. Denn nur durch eine starke Centralgewalt wird Deutschland dem Auslande gegenüber eine Achtung gebietende Stellung einnehmen können. Das sind die Grundsätze, welche wir hier vertreten werden.

Der Inhalt des Blattes wird ein dreifacher sein. Leitende Artikel werden die Tagesfragen im Sinne unserer Partei besprechen. Berichte aus Frankfurt und Berlin, den dermaligen Mittelpunkten des deutschen Lebens, so wie Mittheilungen aus der Provinz Sachsen, namentlich aus den konstitutionellen Vereinen und Bürgerversammlungen werden sich anschließen und wie schon erwähnt, städtische und lokale Angelegenheiten genügende Besprechung finden.

Die Redaction.

Die Krisis in Frankfurt und Berlin.

I.

Halle d. 25. September.

Die blutigen Ereignisse von Frankfurt haben grelle Streiflichter über unsere vaterländischen Zustände geworfen, sie haben uns den Abgrund gezeigt, an dessen Rande wir standen. Noch ist es Zeit, dem Untergang zu entgehen, die Mine, die uns gelegt war, ist zu früh gesprungen. Nutzen wir die Mahnung, welche von dorthen uns kommt.

Zunächst haftet der Blick an jenen Mordscenen, die das Vaterland mit Trauer und Entsetzen erfüllen. Sie zeigen uns in einem Theile des Volks eine sittliche Verworfenheit, an die wir nicht geglaubt, sie zeigen uns, wie weit die Leidenschaft fanatischer Massen von geschickter Hand gehegt werden kann, sie lösen die Frage, ob Deutschland reif ist für die Republik. Aber jene rohen Mörder sind nicht die schlimmsten, nicht einmal jene Mitglieder der äußersten Linken, ein Siz, Schlöffel, Wesendonk, die die rohen Haufen zur Gewaltthat aufforderten, denn wir haben nie etwas anderes von diesen Leuten erwartet; die gefährlichen Menschen sind die, welche hinter den Koulissen stehen und Andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen, Leute wie Tscherning und Robert Blum, die im Stillen die Leidenschaften schüren, und ihre bösen Gedanken hinter scheinbarer Mäßigung und pfäffischer Salbung verstecken. Wer erkennt nicht aus dem rohen Spott der Mörder Lichnowsky's die fleißigen Leser von Robert

Blum's Reichstagszeitung heraus? Doch hat sich glücklicherweise der Abgeordnete von Leipzig diesmal arg kompromittirt. Diese Verführer des Volks gilt es zu entlarven und ihrem Einfluß auf das Volk entgegen zu treten. Zugleich aber ist es die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, das sittliche Gefühl des Volks zu läutern, zu stärken, zu erheben. Denn wir halten fest an dem Glauben, daß der Kern des Volkes noch gesund sei.

Blicken wir sodann weiter um uns, so zeigt sich klar, wie jenen blutigen Thaten eine weit verzweigte, hochverrätherische Verschwörung gegen die Nationalversammlung zu Grunde lag. Sie sollte gesprengt werden, die Linke, verstärkt durch Gleichgesinnte, sollte sich als Convent constituiren und die Schreckensherrschaft in Deutschland beginnen. Wie bei dem Pariser Juniaufstand die Polenfrage, so diente hier der dänische Waffenstillstand der rothen Republik zum Vorwand, und der Haß gegen Preußen mußte den Zündstoff liefern. Die edlern Regungen des deutschen Nationalgefühls mißbrauchte die Linke für ihre Pläne. Die Vorbereitungen waren aller Orten getroffen. Es ist von Interesse, die demokratischen Zeitungen aus den Tagen vor jenen Ereignissen einmal wieder anzusehen. Ehe noch eine sichere Kunde von Frankfurt hierher gelangte, meldete die Halle'sche Zeitung, die Nationalversammlung sei auseinander gesprengt und 37 Mitglieder der Rechten seien umgekommen. Das war es etwa, was beabsichtigt wurde. Denn man versuchte in die Paulskirche einzutringen und nur die preussischen

Truppen retteten die Versammlung. Der Aufstand sollte zu gleicher Zeit an vielen Orten, im badischen Oberland, in Württemberg, in der Rheinprovinz, in Altenburg losbrechen. Struve hat bereits einen Einfall gemacht. Aus Hanau, Offenbach, Mainz, Mannheim war zahlreiches Gesindel nach Frankfurt berufen, die äußerste Linke forderte offen zur Gewalt auf, Robert Blum gab die Parole. Hecker soll ebenfalls dagewesen sein, der Mann, an dessen Spuren sich, wo er erscheint, der Meuchelmord heftet. Auch die polnischen Leichenwögel fehlten natürlich nicht, sie sind überall zu finden, wo es Aufruhr und Mord gilt. Nur einer fehlte, der tapfere Kuge, der Führer der äußersten Linken. Während seine Freunde sich der Gefahr aussetzten, saß er an dem verhängnisvollen Tage ruhig in Halle bei seinen Demokraten, entzückte sie durch seine Reden und Anträge und dachte bei sich: weit davon ist gut vor'm Schuß. Es ist von früher her bekannt, welchen gewaltigen Respect dieser Volkswehmann vor geladenen Gewehren hat. Tages darauf eilte er nach Frankfurt.

Wenden wir uns aber von diesen schmachvollen Scenen zu der Versammlung unserer Vertreter, so erfüllt uns Freude und Stolz. Sie haben sich bewährt in der Stunde der Gefahr. Der bessere Theil des deutschen Volks, und noch macht er die Mehrheit aus, er wird sich um sie schaaeren und ihnen schüzend zur Seite stehen im Kampfe für Recht und Gesetz, und gegen die Anarchie. Truppenmassen sind um Frankfurt zusammengezogen, denn die Frankfurter Bürgerwehr hat sich schlecht bewährt, Preußen hat der Centralgewalt seine Unterstützung zugesagt, die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet, möglicher Weise veranlaßt sie eine Reinigung der Nationalversammlung, nur in anderm Sinne, als die Linke es wollte.

Die Nationalversammlung möge nun ihre nächste und dringendste Aufgabe nicht verkennen. Vor allen Dingen Härte und Stütze sie die Centralgewalt. Sie bestehe auf der schleunigen und vollständigen Ausführung des Gesetzes über die Centralgewalt. Sie beile sie, die Verfassung Deutschlands festzustellen, damit wir aus den schwankenden Zuständen des Provisoriums herauskommen und einen klaren Rechtszustand gewinnen. Erst wenn die innern Verhältnisse geordnet sind, ist es Zeit, auf die auswärtigen Verhältnisse weiter einzugehen. Möge endlich die Versammlung nie Gagerns ernste Mahnung vergessen, daß die Einheit nur durch Eintracht und die Freiheit nur durch Mäßigung zu erringen ist. Dann sind Lichnowsky und Auerwald, wie vordem Fr. v. Gagern nicht umsonst gefallen für das theure Vaterland.

Dr. Wolf.

(Fortsetzung folgt.)

Demokraten und Republikaner.

Die Bezeichnung „Demokrat“ wird gegenwärtig oft und meist falsch gebraucht. Dem Einen ist Demokrat gleichbedeutend mit Demagoge, Revolutionär, der

Andre gebraucht es zur versteckten Bezeichnung seiner republikanischen Gesinnung. Demokratie heißt ungenau übersetzt so viel als Volksherrschaft und steht gegenüber der Aristokratie (Adelsherrschaft) und Oligokratie (Pöbelherrschaft). Man bezeichnet also mit dem Ausdruck „Demokratie“ nur eine Form des Staatsrechts, nicht aber eine Staatsform selbst; d. h. es kann eine demokratische oder aristokratische Monarchie geben so gut als eine demokratische oder aristokratische Republik. Man täuscht sich daher oder will Andre mit unverfänglich aussehenden Wörtern täuschen, wenn man unter Demokratie die „volle Souveränität des Volkes, die vollständige Selbstregierung desselben“ versteht, weil diese nur in einer demokratischen Republik ausführbar sein würde.

Worin besteht denn nun das „demokratische Princip“, von welchem die Konstitutionellen so oft sprechen; oder inwiefern kann der Volkswille sich geltend machen innerhalb der Monarchie? Wird sich Monarchie (Alleinherrschaft) wirklich vertragen mit der Demokratie (Volksherrschaft)? Allerdings, denn sie bilden keinen Gegensatz. Der demokratische Grund- und Hauptsatz (Princip) ist ein Rechtsgrundsatz, welcher eine gleichheitliche und gemeinschaftliche Theilnahme der Staatsbürger an den politischen (bürgerlichen und rein menschlichen) Rechten verlangt, welche der Gesamtheit der Staatsbürger überhaupt zukommen. Es beruht eine demokratische Verfassung also auf dem Satze, daß die Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sind, daß der Staat etwas Gemeinsames ist, dessen Genuß durch keine Bevorrechtung geschmälert werden darf. Wie viel Rechte jeder Einzelne nach Umständen hat, bestimmt das Gesetz näher.

In jedem vernünftig eingerichteten Staate müssen die obersten beiden Gewalten, die gesetzgebende und gesetzausführende, getheilt d. h. in verschiedene Hände gelegt sein. Die Gesetzgebung theilt das Volk durch seine Vertreter mit der Krone, die gesetzausführende hat der König mit seinen Ministern, so daß sich Krone und Volk in die Souveränität theilen, kein Theil sie also vollständig besitzt. Da der König erblich und unverantwortlich ist, da er ein mehr oder weniger beschränktes Recht hat, vorgelegten Gesetzen die Gültigkeit zu verweigern (das Veto), so unterscheidet sich die Monarchie hierin wesentlich von der Republik, deren Oberhaupt auf eine bestimmte Zeit gewählt und für Alles verantwortlich ist. Da in der Monarchie ferner natürlich die Präsidentenwahlkriteitigkeiten fehlen, da der König nicht, wie der republikanische Präsident, nur Haupt einer Partei ist, also keine Partei beeinträchtigt wird, so ist eine demokratische Verfassung in der Monarchie viel eher möglich als in der Republik. Demokratische Republiken sind, so weit die Geschichte reicht, von unaufhörlichen Bürgerkriegen zertrütert, so daß sie mit Pöbelherrschaft oder mit Militärespotismus endigten.

Wenden wir das Gesagte einmal auf einen Artikel der „Halle'schen Demokratischen Zeitung“ an, um ihre Unklarheit über politische Dinge nachzuweisen, zu



welcher sich noch einige Windbeutelerei und Ausschneide-
rei gefellen! „Das Volk der Provinz Sachsen kam zu
der Einsicht, daß die konstitutionelle Monarchie das Volk
nicht von seinen Lasten befreie, verhasste Beamte im
Amte lasse, die Führer des Volks in die Gefängnisse
werfe u. s. w., weshalb diese Staatsform nicht die voll-
kommenste sein kann, so daß sich die Masse den Demo-
kraten zuwandte, welche die volle Souverainität des
Volks erstreben.“ Unter Volk pflegt die demokratische
Zeitung nur zu oft Tumultuanten und Pöbelhaufen zu
verstehen, so daß sie die Bürgerwehren, welche „das
Volk“ aus einander jagen, nicht mit zum Volke rechnet.
Wie soll die Konstitution, von der kaum etliche Para-
graphen durchsprochen sind, auf einmal Steuern und
Lasten und Beamte abschaffen? Welche thörichte, al-
berne Forderung! Welcher Despotismus! „Die Mas-
se“ ist übrigens sehr klein, und die „Mißtrauennota
der Demokraten an die Deputirten“, haben bei der
Bürgerschaft durchaus keine Unterstützung, ja sie gar Ge-
genadressen gefunden. Da nun unter den „Demokra-
ten“ die Konstitutionellen nicht gemeint sind, so kön-
nen nur die Republikaner darunter verstanden werden, was
Ehrlich neulich jedoch auch abgeleugnet hat. Mithin ist
der ganze Satz ein Unsinn. Wenn es ferner heißt,
„die Preußenvereine finden nicht den geringsten An-
klang“, so ist dies eine Lüge*), da der Preußenverein
700 Mitglieder zählt. Der Satz: „die Demokratie
wuchs auf dem Lande auf eine wunderbare Weise“,
ist gleichfalls unerwiesen, und noch weniger wahr ist
die Folgerung: „weil das Landvolk einsah, daß nur die
Vertreter der Volkspartei es von seinen ungemeinen
Lasten befreien können.“ Da unter den Volksvertre-
tern kaum 10 Republikaner sind, so werden diese nicht
eben viel durchsetzen. Dieselbe Verwirrung spricht end-
lich aus dem Schlusse: „Nur kurze Zeit noch, und die
Demokratie hat in der Provinz vollständig gesiegt.“
Die Republik hat zum Siege durchaus keine Aussicht.
Nicht ohne Absicht mag der zweideutige Ausdruck „De-
mokratie“ gewählt sein, weil er den Republikanern im-
mer noch eine Hinterthür offen läßt. Ehrlich und klar
gesprochen kann man es aber nicht nennen. Wenn Hr.
Ehrlich also sagt: er wolle nicht Republik, nicht Kon-
stitution, sondern Demokratie“, so ist dies eben so al-
bern, als wenn Jemand zum Schuhmacher sagt: Ich
will zur Fußbekleidung keine Schuhe, keine Stiefeln,
sondern nur gutes Oberleder

Fr. Körner.

Die künftige Gemeindeverfassung.

(Vorläufiges.)

Preußen hat sich seit längerer Zeit schon einer
Gemeindeverfassung erfreut, welche den Kommunen einen
sehr freien Spielraum in der Selbstverwaltung ließ und
sie zu Geburtsstätten eines unabhängigen Sinnes machte.
Vor Allem waren es die Stadtverordneten, nicht die Pro-
vinziallandtage, nicht die Kreisverordneten, welche gegen

*) Die Nachricht derselben Zeitung, daß sie ganz bestimmt wisse,
ich gehöre zum Preußenverein, ist gleichfalls eine schamlose
Lüge und boshafte Verdächtigung.

absolutistische Gelüste und gegen hierarchisch-pietistische
Zumuthungen austraten und so fast den einzigen organi-
sirten Rückhalt der Opposition bildeten, welche von ein-
zelnen Schriftstellern, Geistlichen u. s. w. ausging. In-
des die Städteordnungen von 1808 und 1831 sind eben
nur Städteordnungen; den Dörfern fehlt in den meisten
Provinzen eine durch klare Gesetze bestimmte und selbst-
ständige Verfassung; nur Rheinland und Westphalen be-
sitzen eine Landgemeindeordnung, d. h. nicht viel mehr
als eine Zusammenstellung verschiedener Regierungs- und
Ministerialrescripte; selbst die Städteordnung, namentlich
die revidirte, beschränkt noch zu stark die Theilnahme
der Einwohner an der Verwaltung, indem sie z. B. für
das Amt eines Stadtverordneten einen ungebührlich hohen
Zensus aufstellt und den Verstand im Geldbeutel sucht.
Wie in der Stellung der Gesamtgemeinde zum Ein-
zelnen, so hat die Städteordnung auch in ihrer Stellung
zum Staate noch wesentliche Mängel. Denn das Hin-
undherfahren von Halle nach Merseburg und von Mer-
seburg nach Halle scheint doch noch etwas mehr zu sein
als das, worauf es sich beschränken sollte, nämlich die
Oberaufsicht des Staates, welche wesentlich nur eine ne-
gative, d. h. eine solche sein muß, die verhütet, daß nicht
irgend Jemand in seinem Rechte beschädigt wird. Es
wird aber die Staatsbehörde um so weniger Veranlas-
sung haben, einzugreifen, je mehr alle Klassen bei der
Verwaltung sich betheiligen können. Deshalb ist aber
auch dringend nothwendig, daß die Grundzüge der Ge-
meindeordnungen im ganzen Deutschland gleich seien,
folglich durch die Nationalversammlung festgestellt wer-
den, soll anders die sogenannte Freizügigkeit eine Wahr-
heit werden und der Kampf der Kommunen unter ein-
ander aufhören.

(Beschluß folat.)

Sasemann.

Vermischtes.

Die „Reform“ von Ruge ist bekanntlich das
Hauptorgan der demokratischen Vereine. Sie sagt über
die Frankfurter Ereignisse unter Andern wörtlich Folgendes:

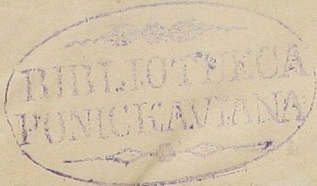
„Wenn die preuß. Versammlung ihren höchsten
Anwillen ausspricht darüber, daß unser Parlament unter
dem Einfluß von Meuchelmördern berathen muß, — es
wäre der Fußtritt des Esels gegen den besiegten Löwen.“

„Wer vertritt im gegenwärtigen Augenblick mehr
das Recht und die Gesinnung des deutschen Volkes,
wer verdient mehr die edelmüthigen Sympathien der
gesamten Nation, jene 1200 Insurgenten, die an den
Barrikaden gefallen sind, oder die hohe Versammlung
in der Paulskirche?“

„Lichnowski und Auerwald sind nicht in ihrer
Unverletzlichkeit, als neutrale Deputirte, verletzt worden,
sondern als Feinde, sie begaben sich zur Recognoscirung
auf den Kampfplatz und die Berufung auf ihre parla-
mentarische Neutralität wäre ein Verrath gewesen.“

„Sie fielen im Kampfe von ehrlichen Kugeln.“
„Dieser Aufstand ist beseitigt, aber der
große Kampf ist noch nicht zu Ende, und hier
in Berlin wird derselbe Kampf fortgesetzt
werden.“





0-10.12-19

Probe-Nummer.

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Post-
anstalten an. Pränüm.:

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben
von

[Eduard Friedrichs]

Yb-2699 4°

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 0.

Sonntag, den 1. October.

1848.

Das Bürgerblatt erscheint vom 1. October ab in erweiterter Gestalt, wie diese Probe-Nummer, 3 mal wöchentlich, ohne Erhöhung des bisherigen Preises.

Der Preis pro Vierteljahr für Halle und unmittelbare Abnehmer beträgt 7½ Sgr.; bei den Postanstalten und im Buchhandel 10 Sgr. Bestellungen auf das Blatt nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten an, sowie die Verlagsbuchhandlung von

Ed. Heynemann, Märkerstraße 453.

Inhalt: Programm. — Die Krisis in Frankfurt und Berlin. — Demokraten und Republikaner. — Die künftige Gemeindeverfassung. — Vermischtes.

Das „Bürgerblatt“ wird vom ersten October ab in erweiterter Gestalt unter dem Namen: „Konstitutionelles Bürgerblatt für Stadt und Land“

erscheinen. Ohne den engeren Kreis des städtischen Lebens, dessen Besprechung es bisher vorzugsweise gewidmet war, aufzugeben, wird es fortan auch die politischen Fragen mehr, als es bisher geschehen konnte, in den Kreis seiner Besprechung ziehen. Es wird diese Fragen vom Standpunkt einer bestimmten politischen Partei aus behandeln, der Partei, welche die demokratisch-konstitutionelle Monarchie will. Dieser Partei bietet sich das Blatt zum Organ an und rechnet auf ihre Unterstützung. Wir deuten kurz die Grundsätze an, welche uns dabei leiten. Die weitere Ausführung derselben bleibt der fortschreitenden Entwicklung vorbehalten. Die Stimmung wird aus der Behandlung der einzelnen Fragen erhellen.

Wir wollen die konstitutionelle Monarchie auf Demokratie gründen. Wir erkennen in der konstitutionellen Monarchie die Staatsform, welche in ihrer Kraft, Festigkeit und Dauer trägt, ohne die Freiheit des Volks zu verkürzen. Sie ist nur dann, wenn sie aufrichtig und entschieden durchgeführt wird und weder der Republik zum Vorwand dient. Innerhalb der konstitutionellen Monarchie wollen wir Demokratie, wir wollen sie gerade in dieser Form, weil ihre volle Durchführung eines festen und dauerhaften Staatsgebäudes gelingen wird. In Preußen ist die Demokratie vorbereitet. Es gilt jetzt die Durchführung und Vervollständigung der Institutionen, welche Stein und Scharnhorst seit 1808 hervorgerufen, und welche durch falsche Politik wohl zu verkümmern aber nicht zu zerstören vermocht hat. Die Privilegien müssen fallen, der bäuerliche Grundbesitz muß von den noch auf demselben ruhenden Lasten befreit, die gewerblichen Verhältnisse müssen durch eine zweckmäßige und allseitige Regelung geregelt, die Steuern zur Erleichterung der ärmeren Klassen nach der Gerechtigkeit vertheilt werden. Die Wehrverfassung trenne nicht ferner Bürger und S

